



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. März 2019
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

P 716 Postulat Peyer Ludwig namens der CVP-Fraktion über einen Bericht zum Klimawandel und die möglichen Auswirkungen auf den Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 716 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Ludwig Peyer hält an der Dringlichkeit fest.

Ludwig Peyer: Die CVP-Fraktion unterstützt die Dringlichkeit aller Vorstösse zum Thema Klima. Wir können sowohl eine Sondersession abhalten als auch morgen über die dringlich eingereichten Vorstösse zum Thema Klima diskutieren. Es handelt sich um eine Respektsbezeugung gegenüber den vielen Leuten, welche die Klimadiskussion extrem beschäftigt. Damit meine ich nicht nur die Demonstrierenden, sondern auch die vielen Personen, die sich echte Sorgen machen. Die Inhalte der Vorstösse sind zudem nicht so komplex, als dass wir morgen nicht darüber diskutieren könnten. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit des Postulats P 716, der Anfrage A 719 und der Postulate P 720, P 724, P 725 sowie P 726 zuzustimmen.

Hasan Candan: Die Klimafrage beschäftigt uns alle. Wir müssen mit unseren natürlichen Ressourcen verantwortungsvoll umgehen und den Klimawandel stoppen. Die Regierung will das Thema hinausschieben, aber die Bevölkerung verlangt jetzt eine Reaktion von uns. Die Vorstösse können bereits morgen behandelt werden, denn es geht nicht um konkrete Massnahmen, sondern darum, welche Richtung der Kanton einschlagen soll. Die Bevölkerung versteht es nicht, wenn die Regierung die Diskussion verschieben will. Das Thema hat ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht, was meiner Meinung nach das wichtigste Kriterium für eine dringliche Behandlung darstellt. Wir müssen morgen und nicht erst nach den Wahlen über diese Vorstösse diskutieren.

Fredy Winiger: Beim Thema Klimawandel handelt es sich um ein heisses Eisen, das auch medial ausgeschlachtet wird. Die Entwicklung des Klimas ist nicht erst in den letzten zwei Monaten passiert und kann auch nicht in den nächsten zwei Monaten geändert werden. Darum sehen wir nicht ein, warum die Vorstösse zum Thema Klima dringlich erklärt werden sollten. Schlussendlich kann auch anlässlich der nächsten Sessionen über die Klimafrage diskutiert werden. Die SVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab.

Ruedi Amrein: Die FDP nimmt die Klimasituation ernst, und sie nimmt die Bewegung der vorwiegend jungen, engagierten Verfechtern des Klimaschutzes wahr, nicht zuletzt nach dem gestrigen Wahlergebnis im Kanton Zürich. Die FDP begrüsst das Engagement dieser jungen Menschen und hofft, dass sie diesem politischen Engagement treu bleiben und uns auf ihrem Weg mitnehmen. Allerdings ist nur eine nachhaltige Klimapolitik erfolversprechend. Sie soll nicht nur die Umwelt verbessern, sondern der Prozess muss für alle sozialverträglich und wirtschaftlich realisierbar sein. Die Klimapolitik muss in Angriff genommen werden, aber dazu braucht es Zeit. Aus Sicht der FDP erfüllen das vorliegende

Postulat wie auch die weiteren Vorstösse zum Thema Klima die Dringlichkeitskriterien nicht. Die FDP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit der Klimavorstösse ab, unterstützt aber die Durchführung einer Sondersession zum Thema Klima im Juni. Einzig bei der Anfrage A 719 von Raphael Kottmann unterstützt die FDP die Dringlichkeit.

Michèle Graber: Ich äussere mich zur Dringlichkeit aller sogenannten „Klimavorstösse“. Die Thematik „Stopp dem Klimawandel“ ist von aussergewöhnlich hohem politischem Gewicht. Die Öffentlichkeit hat das Recht auf eine umgehende politische Stellungnahme der Regierung, aber auch aller Parteien. Das hohe politische Gewicht wird dadurch untermauert, dass die Regierung plötzlich eine Sondersession durchführen will und eine Homepage zum Thema Klima aufgeschaltet hat. Wir begrüssen den Stimmungsumschwung der Regierung ausserordentlich. Dem Umschwung, umwelt- und klimapolitischen Themen angemessen zu begegnen, sehen wir eher als Wahltaktik der Regierung und der Regierungsparteien. Leider müssen wir befürchten, dass nach den Wahlen der „grüne Mantel“ wieder ausgezogen wird und ökologische Anliegen konsequent abgelehnt werden. Gerade weil die Wahlen anstehen, ist es notwendig, dass sich alle Fraktionen jetzt klar positionieren und sich zu den vorgeschlagenen Massnahmen äussern. Bei den Vorstössen handelt es sich um Planungsaufträge, über erste Ergebnisse könnte anlässlich der Sondersession bereits vertieft diskutiert werden. Die Bevölkerung muss diese Woche wissen, wie ernst es den bürgerlichen Parteien ist, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen und den CO₂-Ausstoss zu verringern. Die GLP-Fraktion stimmt der dringlichen Behandlung aller Vorstösse zum Thema Klima zu.

Monique Frey: Die Dringlichkeitskriterien sind klar erfüllt. Das Thema hat ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht, und die Öffentlichkeit interessiert die Meinung unseres Rates und des Regierungsrates. Ich bitte vor allem die SVP und die FDP, sich an die Dringlichkeitskriterien zu halten, so wie sie es auch sonst immer tun. Wir wollen morgen ein Statement des Regierungsrates und der Parteien zum Thema Klima. Es spielt keine Rolle, dass zufälligerweise Wahlen anstehen. Verschiedene Vorstösse zum Thema Klima wurden bereits zu Legislaturbeginn eingereicht. Ein Vorstoss der Grünen aus dem Jahr 2015 ist noch nicht behandelt worden, obwohl der Regierungsrat längst hätte aktiv werden können. Das Klima ist nicht nur ein Thema, das die Jungen betrifft, sondern uns alle. Obwohl wir es richtig finden, dass eine Sondersession zum Thema Klima durchgeführt wird, sollen die dringlich eingereichten Vorstösse morgen beraten werden, damit die Verwaltung mit der Umsetzung beginnen kann. So liegen bis zur Sondersession die ersten Grundlagen für eine Diskussion vor. Wir hätten bereits vor 20 Jahren mit dem Klimaschutz beginnen müssen, nun wird es leider eine teure Angelegenheit. Gerade die SVP hat es verpasst, uns beim Kampf gegen den Klimawandel zu unterstützen. Die Grüne Fraktion stimmt der dringlichen Behandlung aller Vorstösse zum Thema Klima zu.

Jürg Meyer: Für die CVP ist es wichtig, dass sowohl die Vorstösse zum Thema Klima für dringlich erklärt werden als auch eine Sondersession durchgeführt wird, damit die Verwaltung zügig vorwärts machen kann. Mit dem Postulat P 716 verlangen wir einen Planungsbericht, der aufzeigt, mit welcher Strategie die Regierung dem komplexen Thema Klima, das nicht einfach nur einer Dienststelle zugeordnet werden kann, begegnen will. Wir wollen keinen Bericht, der aufzeigt, was weltweit bezüglich Klimaschutz unternommen wird, sondern Aktionen, Stossrichtungen und Zuständigkeiten für den Kanton. Meiner Meinung nach hat unser Rat das Thema Ökologie in den letzten vier Jahren nicht vernachlässigt, sondern der Kanton hat klare Fortschritte gemacht.

Josef Schuler: Genau die gleichen Forderungen, welche die CVP nun stellt, habe ich bereits am 4. Dezember 2018 mit einem Vorstoss gestellt. Die SP-Fraktion stimmt der dringlichen Behandlung zu.

Hasan Candan: Wenn es um den Wald geht, stimmt die FDP der Dringlichkeit zu. Bei den anderen Vorstössen zum Thema Klima lehnt sie die Dringlichkeit ab. Der FDP scheint es nur um ihre eigenen Interessen zu gehen.

Ruedi Amrein: Uns geht es nur um die Dringlichkeit, und genau dort liegt die Differenz. Die Klimapolitik muss angegangen werden, aber dabei handelt es sich um ein längerfristiges

Thema. Wir sollten auch nicht einfach Versprechen abgeben, die wir später nicht einhalten können. Wir brauchen deshalb Fakten und können auch noch im Juni über diese Fragen befinden. Bei der Anfrage A 719 geht es aber um eine Folge des Klimas, die sofortiges Handeln erfordert.

Monique Frey: Um eine effiziente Sondersession durchführen zu können, müssen die vorliegenden Vorstösse dringlich erklärt werden. Es geht auch darum, ein Zeichen zu setzen. Ich möchte keine Parteipolitik betreiben, sondern endlich an einem Wendepunkt anlangen.

David Roth: Es ist etwas störend, wenn eine Partei kurz vor den Wahlen so tut, als ob sie das Thema Klima interessiert. Ich kaufe es der CVP aber ab, dass sie kurz vor den Wahlen ihre Meinung geändert hat, und ich gehe davon aus, dass es nach den Wahlen auch so bleiben wird. Die FDP hingegen lehnt die Dringlichkeit offensichtlich deshalb ab, damit sie sich erst nach den Wahlen zum Thema äussern muss.

Philipp Bucher: Wenn der Regierung und den Regierungsparteien Wahltaktik vorgeworfen wird, kann das auch jenen Parteien vorgeworfen werden, welche sich diese Dynamik jetzt zunutze machen. Klimapolitik muss nachhaltig sein, und letztlich geht es auch um eine Frage der Effizienz. Ich erachte es nicht als effizient, die Vorstösse dringlich zu erklären und trotzdem eine Sondersession durchzuführen. Die Behandlung der Vorstösse in der Sondersession erlaubt vertiefte Abklärungen. Es geht auch um die Wertschätzung gegenüber allen Kräften, die uns Politiker auf der Strasse auf die Klimaentwicklung aufmerksam machen. Ich bin überzeugt, dass wir mit einer Sondersession ein deutliches Zeichen der Wertschätzung setzen können. Die Klimapolitik beginnt bei jedem Einzelnen; ich bin jetzt schon gespannt, wie sich die Zahl der Flugreisen diesen Sommer entwickeln wird.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Ich lasse den Vorwurf nicht gelten, dass wir das Thema hinausschieben wollen. Die Regierung hat ihre Meinung zum Thema Klima nicht einfach geändert. Wir haben Ihrem Rat kontinuierlich mehrheitsfähige Vorschläge unterbreitet und diese umgesetzt. Das Solarjahr war beispielsweise ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Mit Beharrlichkeit haben wir auch das neue Kantonale Energiegesetz zum Erfolg geführt, nachdem es Ihr Rat zuerst abgelehnt hat. Der im letzten Herbst veröffentlichte Umweltbericht zeigt die Klimamankos auf. Damals hat sich niemand dafür interessiert, und nun, kurz vor den Wahlen werden dringliche Vorstösse zum Thema eingereicht, um sich positionieren zu können. Jetzt heisst es sogar, dass die Regierung Wahlkampf betreibt. Im Energiekonzept sind die Massnahmen und die Energieziele der Legislatur aufgeführt. Wir wollen eine vertiefte Diskussion über breit abgestützte, mehrheitsfähige Massnahmen und keine Wahlkampfdiskussion. Diese Massnahmen müssen nicht nur der politischen Mehrheit standhalten, sondern im Einklang mit dem Finanzleitbild stehen. Ohne ein Preisschild geht es nicht. Aus den genannten Gründen lehnt die Regierung die dringliche Behandlung ab.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 59 zu 48 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.